

AL Info²/₁₄

3 Isabel Maiorano erzählt im Gespräch mit Corinne Schäfli wie sie politisiert wurde und zur AL gefunden hat.

4 Lehrplan 21. Die AL-Bildungsgruppe erläutert die wichtigsten Hintergründe zum Lehrplan 21 und platziert ihre Kritik.

8 Wahlen in Zahlen. Wir zeigen auf, wie die AL ihren Wahlkampf finanziert hat.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

Die AL im Bundeshaus?

Ja wir waren im Bundeshaus um die Wahl zu feiern. In Zürich. Die AL hat einen sensationellen Wahlerfolg erzielt. Richi Wolff ist souverän wieder gewählt und im Gemeinderat haben wir von 5 auf 9 Sitze zugelegt. Damit haben wir alle Erwartungen übertroffen und dieser Quantensprung vom 9. Februar 2014 wird definitiv zum historischen Tag für die AL erklärt.

Gespannte Erwartung im Bundeshaus

Der Wahl- und Abstimmungssonntag begann mit Unterschriftensammeln für die Kinderbetreuungsinitiative und erhielt einen starken Dämpfer durch die knappe Annahme der fremdenfeindlichen SVP-Initiative. Danach kamen für die AL erfreuliche Nachrichten.

Das Bundeshaus zu Wiedikon an der Seebahnstrasse war locker gefüllt mit Aktiven und Sympathisierenden der AL, als die ersten Resultate zur Stadtratswahl aus dem Kreis 6 eintrafen. Für mich ein erhellender Moment, denn das Gesicht unseres Strategen und Rechners Niggi erstrahlte und er geriet in eine dauerhaft freudige Stimmung. Glaubt es oder nicht, er wusste es schon nach dem ersten Kreis, dass Richi Wolff wieder gewählt wird. Dayana und Till beugten sich über die Laptops und drückten die Reload-Taste, kopierten Ergebnisse von der Wahlbüro-Seite in die vorbereiteten xls-Sheets, derweil von der kleinen Bühne vor Tweet, Facebook, Kaffeesatzlesen und Falschmeldungen gewarnt wurde. Wir durften ein feines Buffet und köstliche Häppchen plündern, während Wolff seinen Vorsprung auf Leutenegger über den Zürichberg rettete.



Dreiviertel mehr Wähler

Bei den Gemeinderatswahlen realisierten wir eine präzise Punktlandung: Von den zehn Spitzen-Kandidierenden auf unserem Wahlflyer wurden neun gewählt. Die vier Bisherigen: Wädi Angst (Kreis 3), Niggi Scherr (Kreis 4/5), Andrea Leitner (Kreis 10) und Andreas Kirstein (Kreis 11). Neu sind für die AL im Gemeinderat: Edi Guggenheim (Kreis 1/2), Ezgi Akyol (Kreis 4/5), Rosa Maino (Kreis 6), Corinne Schäfli (Kreis 7/8), und Christina Schiller (Kreis 9).

Im Gemeinderat legt die AL von 4.18% auf 6.46% der Stimmen massiv zu – in ganzen Zahlen: sie steigert die Wählerzahl um dreiviertel von 3500 auf neu 6072. Damit ist die AL klare Wahlsiegerin.

Auch Corina Semadeni wurde als Bezirksrichterin problemlos wiedergewählt. In Zukunft werden wir mehr SchulpflegerInnen stellen können, sind

wieder in der Sozialbehörde vertreten und können in allen Kommissionen des Gemeinderats Einfluss nehmen.

Wie kann die AL diese grössere Schlagkraft konkret einbringen: Für die Verteidigung der Menschenrechte? Für mehr Gerechtigkeit bei den Steuern? Für Qualität bei der Kinderbetreuung gegen Sparübungen von rechts? Für eine Schulraumplanung die diesen Namen verdient? Wird es uns gelingen, trotz schlechten finanziellen Bedingungen die Lebensqualität in Zürich für alle hochzuhalten? Der Wahlerfolg ist eine gute Grundlage, um weiterhin die Rolle des Schrittmachers für soziale Themen wahrzunehmen. Dafür brauchen wir viele engagierte Mitglieder und Aktive, die sich politisch, aktiv, finanziell mit ihrem Biss einbringen und die Gewählten unterstützen und fordern.

Richi Blättler

Parolen

Abstimmungen vom 18. Mai 2014.
Beschlüsse der VV vom 10. Februar 2014.

BUND

Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung **JA**
Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» **NEIN**
«Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)» **JA**
Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen **NEIN**

KANTON

Keine Alkoholverbannung an Sportveranstaltungen **Stimmfreigabe**
Weniger Steuern für Gewerbe – Abschaffung der Kirchensteuer **Parolenfassung an nächster VV**

STADT ZÜRICH

Rahmenkredit von 55 Millionen Franken zur Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons **NEIN**

Finanzen

Wir sind dankbar für jede Spende:
Alternative Liste Zürich, PC 87– 63
811– 5 IBAN: CH53 0900 0000 8706
3811 5

Termine

Samstag, 15. März 18.30 Uhr AL-Benefizessen. Restaurant Lunch 5, Förrlibuckstr. 62.
Dienstag, 25. März 19 Uhr AL-Vollversammlung.
Dienstag, 15. April 19 Uhr AL-Vollversammlung.
Weitere Termine auf al-zh.ch/termine oder auf facebook.com/ALzuerich.

Impressum

Alternative Liste (AL)
Postfach 1005, 8026 Zürich, al-zh.ch
Sekretariat Dayana Mordasini
Molkenstr. 21, 8004 Zürich
sekretariat@al-zh.ch
Tel. 044 242 19 45
Erscheint 4 bis 6 mal jährlich
Auflage/Druck 2200 Ex.,
Druckerei Nicolussi, Zürich
Layout Dayana Mordasini
Redaktion Richi Blättler, Dayana Mordasini, Corinne Schäfli, Niklaus Scherr.

MINDESTLÖHNE! jetzt!

Am 18. Mai 2014 stimmen wir über die Mindestlohn-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ab. Sie verlangt einen flächendeckenden Mindestlohn von CHF 22 pro Stunde, was einem Lohn von CHF 4000 pro Monat entspricht.

Heute arbeiten rund 380 000 Menschen mit einem tieferen Lohn. Betroffen sind Beschäftigte im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft, in Privathaushalten, Reinigung und Detailhandel. Mit einem Lohn unter CHF 4000 lässt sich in der teuren Schweiz nur schwer leben. Arbeit muss sich lohnen. Wer voll arbeitet, muss einen Lohn erhalten, der ein Leben in Würde ermöglicht. Das kann die Mindestlohn-Initiative garantieren. Die Folgen von Tieflohnen zahlt der Staat. Wo der Lohn nicht zum Leben reicht, muss die Sozialhilfe einspringen.

Es ist kein Zufall, dass in den Tieflohnbranchen sieben von zehn Beschäftigten Frauen sind. Ihre Arbeit wird nach wie vor tiefer bewertet als die von Männern. Auffallend ist auch, dass 15% der Frauen trotz Berufsabschluss in einem Tieflohnsegment arbeiten. Bei Männern sind es nur 5%. Mindestlöhne sind darum ein wirksames Mittel für die Lohnungleichheit von Mann und Frau.

Tieflohne sind überall dort verbreitet, wo es schwierig ist, Leute gewerkschaft-

lich zu organisieren. Der Schutz durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) ist in diesen Branchen gering. Die GAV-Abdeckung ist in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern tief. Ohne Schutz eines GAV nimmt der Lohndruck massiv zu. Hier kann die Mindestlohn-Initiative Abhilfe schaffen.

Starkes Land – faire Löhne

Die Gegner sehen in der Mindestlohn-Initiative einen weiteren Sargnagel für die Wirtschaft. Branchen müssten schliessen, es würde ein Ansturm auf die Schweiz durch ausländische Arbeitnehmende stattfinden etc. Das Gegenteil ist der Fall: Die erfolgreiche Gewerkschaftskampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken» hat in keiner Branche zu einem Beschäftigungsrückgang geführt.

Nach einer Welle der Deregulierung sind Mindestlöhne wieder en vogue. Selbst die CDU in Deutschland bietet nun Hand für einen flächendeckenden Mindestlohn.

Mindestlöhne sind auch in der Schweiz nötig. Nach dem unseligen Ja zur Abschottungs-Initiative umso mehr. Denn jetzt sind die flankierenden Massnahmen gegen Lohn-Dumping akut in Gefahr. Der Slogan des SGB heisst zurecht «Starkes Land. Faire Löhne».

Markus Bischoff

Die AL unterstützen

(dm) Wahlen kosten Geld. Wie viel, das haben wir während dem Wahlkampf offen gelegt. Wie wir uns finanzieren, wird auf Seite 8 in diesem AL-Info dargelegt.

Jetzt bieten wir die einmalige Gelegenheit, die AL auf kulinarische Art zu unterstützen: am 15. März findet ein Benefizessen statt. Die AL lädt zum 4-Gang Menü ins Lunch 5. Mit dem Betrag von CHF 100 sind die Kosten gedeckt und es bleibt ein namhafter Betrag übrig, der vollumfänglich der AL zugute kommt. Nutze diese Gelegenheit und lerne die Personen in und hinter der AL bei einem Essen näher kennen. Etrit Hasler, Slam Poet, wird das Essen mit einem Beitrag kulturell bereichern.

Anmeldungen auch last minute:
sekretariat@al-zh.ch

Isabel Maiorano im Gespräch



Isa Maiorano,
Vorstand AL-Zürich

Dank dem Pfarrer der St. Jakob-Kirche konnten wir uns dort mit den Sans-Papiers treffen. Es gab damals viele Kirchenbesetzungen zu diesem Thema.

In dieser Gruppe traf ich Anja, die damalige Sekretärin der AL-Zürich. So kam ich zur AL. Mir gefiel, dass die AL für alle offen ist. Man kann einfach an eine Vollversammlung kommen und mitreden, auch wenn man kein Mitglied ist.

Wie lief deine Geschichte innerhalb der AL weiter?

Ganz zu Anfang wollten einige, dass ich oben auf der Liste für den Kantonsrat kandidiere, als junge Frau fiel man damals schnell auf. Andere wollten lieber jemanden aufstellen, der schon länger dabei war. Das hat mich eigentlich nicht gestört, dennoch habe ich darauf zusammen mit zwei Frauen die JuLiA (Junge Alternative Linke) gegründet und wir haben unsere eigene Liste eingereicht. Vergangenen Juni bin ich dann in den Vorstand der AL gewählt worden.

Und wie hat sich die AL verändert, seit du dabei bist?

Als ich dazu stiess, war die AL noch nicht einmal ein Verein mit Statuten. Nach meiner ersten Vollversammlung war ich nicht sehr begeistert. Es nahmen nur etwa ein Dutzend Leute teil und ich fand es schwierig, mich in die Diskussion einzubringen. Trotzdem habe ich in unregelmässigen Abständen weiter an den Versammlungen teilgenommen. In den vergangenen 12 Jahren hat sich die AL nur zum Positiven verändert. Gegenwärtig kommen ca. 30 Leute an jede Vollversammlung. Wir haben mehr Junge, mehr Frauen und unterschiedliche Persönlichkeiten, die zur Meinungsviel-

Isabel, wie bist du politisiert worden?

Während meiner Kanti-Zeit (1991-94) im selbstverwalteten Jugendhaus in Bachenbülach. Ich war damals überhaupt nicht parteipolitisch. 1995 zog ich nach Zürich, wo ich mich 2001 einer Gruppe anschloss, die sich für Sans-Papiers einsetzte.

falt beitragen. Die AL gefällt mir nicht nur, weil sie meine Ideale und Werte vertritt, sondern auch wegen ihren freiheitlichen Strukturen.

Was sind heute deine wichtigsten Themen?

Generell liegt mir besonders die Arbeit in der kommunalen Politik, weil ich dort einen Ansatzpunkt sehe, wo man wirklich etwas bewegen kann. Anderes hat mich eigentlich nie gross interessiert, weil man bei allem, was darüber hinausgeht, immer schnell gezwungen ist, sehr viele Kompromisse einzugehen.

Das Thema Sans-Papiers liegt mir natürlich immer noch am Herzen, auch wenn es die Gruppe heute nicht mehr gibt. Damals glaubten manche Betroffene, wir seien in der Lage, Bewilligungen für sie zu erwirken, was natürlich nicht der Fall war. Umso mehr freue ich mich, wenn ich jemanden von damals treffe, der jetzt eine Bewilligung bekommen hat.

Aktiv bin ich heute besonders zu den Themen Wohnen und Kinderbetreuung. Ich vertrete die Mieterseite als Schlichterin bei der Schlichtungsbehörde für Mietsachen. Wohnungen dürfen nicht als Luxusgut betrachtet werden und es kann nicht sein, dass der weniger wohlhabende Teil der Bevölkerung einfach hinausaniert wird. Zudem wehre ich mich im Rahmen des VPOD gegen die Lohnkürzungen und die Qualitätsabstriche, die die Stadt im Rahmen der geplanten Reorganisation in der ausserschulischen Kinderbetreuung vorsieht. (siehe AL-Info Juli/August 2013)

Was heisst es für dich, dass die AL jetzt einen Stadtrat stellt?

Richi Wolff ist eine authentische Persönlichkeit und ich freue mich, dass er wieder gewählt worden ist. Seit er im Stadtrat ist, werden wir in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen. Wir können Themen einbringen, bei denen man uns vorher kaum zugehört hätte.

Was sagst du zu den Wahlen?

Die Zeit des Wahlkampfes hat uns viel gebracht. Wir konnten extrem viel Energie mobilisieren. Die Leute sind auf die Strasse gegangen und haben sich engagiert. Jetzt kommt es darauf an, mit dieser Energie weiter zu ziehen.

Interview: Corinne Schäfli

AL Filmtipp



Mischa Schiow empfiehlt:
L'escale von Kaveh Bakhtiari. Dokumentarfilm. Schweiz/Frankreich, Mai

2013. Ab 13. Februar im Kino.

Kaveh Bakhtiari, ein gebürtiger Iraner, der in der Schweiz aufgewachsen ist, reist, als sein Cousin Amir nach vier Monaten Haft aus dem Gefängnis entlassen, wird illegal nach Athen. Der an der Lausanner Schule ECAL ausgebildete Regisseur bleibt sechs Monate in Athen und filmt sieben Flüchtlinge, die hier auf eine Weiterreise in ein anderes europäisches Land warten. In Amirs Keller-Unterkunft bilden sie eine Schicksalsgemeinschaft. Mal versucht der Eine, mal der Andere den Sprung ins Land seiner Träume, doch meist gelingt es nicht. Sie verlieren ihren Mut, selbst ein Hungerstreik bleibt ohne Beachtung. Solange die Flüchtlinge festsitzen, verharret auch die Kamera als regelrechte Person bei ihnen. Selten ist es in einem Dokumentarfilm gelungen, die tragische Situation der im «Schengen-Paradies» Gestrandeten so realitätsnah zu vermitteln.



Traumland von Petra Volpe. Drama. Schweiz 2014. Ab 20. Februar im Kino.

Das Sihlquai, Schauplatz des Spielfilms von Petra Volpe, ist heute bereits Geschichte: Der Strassenstrich, auf dem Mia – eine junge osteuropäische Prostituierte – ihre Dienste anbietet, findet inzwischen wohlgeordnet in Altstettens Verrichtungsboxen statt. In «Traumland» geht es nicht nur darum, das Elend käuflicher Sexualität zu illustrieren. Episoden aus dem Leben eines Freiers, einer Sozialarbeiterin im Strichmilieu und einer Nachbarin kreuzen sich und verdichten das Bild eines Notstandsgebiets menschlicher Beziehungen, in dem die bürgerliche Normalität ins Wanken gerät. So wird der von André Jung brilliant gespielte Freier, der vorab menschlichen Kontakt zu Mia sucht, zum Sympathieträger. Die von der Almodovar-Darstellerin Marisa Paredes interpretierte Nachbarin Mias hingegen verkörpert eine spanische Immigrantin, die in ihrer verlogenen Religiosität zur gemeinen Prostituiertenhasserin wird. Mit präzisiertem Sinn für Stimmungen zeigt Petra Volpe, wo es in Zürich wehtut: Zonen der Gefühlskälte, die erschauern lassen.

AL-Bildungsgruppe sagt ja, aber zum Lehrplan 21

Mit dem Lehrplan 21 werden in den 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantonen die Unterrichtsziele an der Volksschule harmonisiert. Der Lehrplan 21 wurde von der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) erarbeitet und in die Vernehmlassung geschickt.

Gemäss D-EDK wird der Auswertungsbericht im Frühling 2014 veröffentlicht. Anschliessend soll der Lehrplan 21 nochmals überarbeitet werden und im Herbst 2014 zur Einführung in den Kantonen freigegeben werden. Sie können Anpassungen am Lehrplan vornehmen; die meisten Kantone werden ihn erst 2017/18 einführen.

Harmonisierung Bildungssystem

Seit 2006 besteht ein verfassungsmässiger Auftrag an die Kantone, ihre Bildungssysteme zu harmonisieren. Artikel 62 der Bundesverfassung verpflichtet die Kantone zur Harmonisierung der Dauer und der Ziele der Bildungstufen. In der «Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule» vom 14. Juni 2007 (HarmoS-Konkordat) haben sich die beteiligten Kantone über Eckwerte der obligatorischen Schule verständigt. Lehrpläne, Lehrmittel, Evaluationsinstrumente und

Bildungsstandards sollen aufeinander abgestimmt werden. Die Durchführung des Erarbeitungsprojekts für den Lehrplan 21 stützt sich u.a. auf eine Vereinbarung der beteiligten Kantone.

Kompetenzen im Zentrum

Der Lehrplan 21 gilt für elf Schuljahre: zwei Jahre Kindergarten, sechs Jahre Primarschule sowie drei Jahre Sekundarstufe I. Er enthält Vieles, was man bereits in den heute gültigen Lehrplänen findet. Allerdings ist er – und das ist die entscheidende Neuerung – kompetenzorientiert aufgebaut. Mit der Kompetenzorientierung wird signalisiert, dass der Lehrplan erst dann erfüllt ist, wenn die SchülerInnen über das nötige Wissen verfügen und dieses auch anwenden können. Der Lehrplan 21 hält fest, wie die einzelnen Kompetenzen über die ganze Volksschulzeit aufgebaut werden sollen. Diese sind abgestuft und nach Schwierigkeitsgrad sortiert.

Der Lehrplan 21 enthält Beschreibungen von konkreten Leistungsanforderungen und Aufgabenbeispielen. Die Mindestansprüche in den Fachbereichen Mathematik, Fremdsprachen, Schulsprache und Naturwissenschaften orientieren sich an den Grundkompetenzen (nationale

Bildungsstandards). Solche sind z.B. Hörverstehen, Leseverstehen, zusammenhängendes Sprechen etc. Es wird allerdings erwartet, dass die Mindestansprüche von einem grossen Teil der SchülerInnen übertroffen werden. Mit dem Fachbereich «Wirtschaft, Arbeit, Haushalt» wird zudem ein neuer Schwerpunkt gesetzt. Neben den Fachbereichen befasst sich der Lehrplan 21 auch mit überfachlichen Kompetenzen und fächerübergreifenden Themen.

Bei der Umsetzung des Lehrplans 21 haben die Kantone einen gewissen Spielraum. Sie entscheiden über:

- die Festlegung der Stundentafeln (Anzahl Lektionen pro Fach und Stufe);
- die Bestimmung der Wahlpflicht- und Wahlfächer;
- die Organisation des 1. Zyklus (Kindergarten, Grund- oder Basisstufe);
- die Organisation des 3. Zyklus (Sekundarstufe I), insbesondere die Festlegung unterschiedlicher Anforderungen für die Niveaus der Sekundarstufe I.

Weitergehende Info:
www.lehrplan21.ch

Wahlen: Ladies first!

(dm) Bei den Gemeinderatswahlen vom 9. Februar 2014 hat die AL 4 zusätzliche Sitze gewonnen und ist neu mit fünf Frauen und vier Männern im Gemeinderat vertreten.

Mit der Wahl von Ezgi Akyol, Christina Schiller, Rosa Maino, Corinne Schäfli und Edi Guggenheim hat die AL alle Wahlziele erreicht: Mehr Sitze, mehr Frauen, mehr Junge. Und die Wiederwahl von Richi Wolff. Die AL, das sALz in der

Politsuppe, hat 6071 Wählende in der Stadt Zürich überzeugt. Mit einem Zuwachs von 2.28% sind wir Wahlsieger.

Die Strategie der Findungskommission ist aufgegangen und der Stimmenzuwachs kommt vor allem jungen Frauen



Andrea Leitner



Christina Schiller



Ezgi Akyol



Rosa Maino



Corinne Schäfli

Die Alternativen Listen im Kanton Zürich haben an der Vernehmlassung teilgenommen. Sie kritisieren in ihrer Stellungnahme vor allem drei Punkte:

1. Kompetenzen oder Fachwissen?

Viele fachliche Kompetenzen sind im Lehrplan 21 nicht als echte Kompetenzen im jeweiligen Fach formuliert: Sehr oft drücken sie wie heute ein Lernziel im Wissensbereich aus. Das Interessante an der Kompetenzorientierung wäre aber gerade, dass nicht reines Wissen, sondern Kompetenzen vermittelt werden, mit dem sich die SchülerInnen das Wissen selbst aneignen können. Welche Kompetenzen dies in den jeweiligen Fächern sind oder sein sollen, haben die Autoren des Lehrplans 21 zu wenig oder gar nicht durchdacht. Offensichtlich wurden die heutigen Lernziele einfach umformuliert und werden nun als «Kompetenzen» verkauft. Die Ankündigung, es solle nun kompetenzorientiert unterrichtet werden, entpuppt sich deshalb als kleine Farce. Die Umformulierung der heutigen Lernziele ist auch eine Ursache für das zweite Problem des Lehrplans 21:

2. Überfrachtung = Schule für die Elite

In einzelnen Fächern müssten die SchülerInnen unglaublich viel leisten, um die Mindestanforderungen in der angegebenen Zeit erreichen zu können. Es bleibt völlig offen, was mit SchülerInnen – es werden nicht nur Einzelne sein – passieren soll, welche die Mindestanforderungen nicht erreichen (können). Gerade in der Oberstufe orientiert sich

zugute. Die AL stellt nun die Fraktion mit dem höchsten Frauenanteil.

Wir bleiben dran und können mit der verstärkten Fraktion noch mehr konkrete Taten zeigen. Das Fraktionspräsidium übernimmt Andreas Kirstein. Zusammen



Edi Guggenheim



Niklaus Scherr

der Lehrplan 21 ganz offensichtlich an den «starken» SchülerInnen und führt zu einer Elitenförderung bereits in der Volksschule. Der Lehrplan 21 geht von einem sehr engen Bildungsbegriff aus, der nur für rundum gesunde Menschen anwendbar ist. Dabei bleibt kein Platz für Kinder, die mit einem kleineren oder grösseren, körperlichen oder geistigen Handicap konfrontiert, aber durchaus «bildungsfähig» sind. Der Lehrplan 21 unterstützt deshalb die pure Leistungsgesellschaft, in der nur etwas zählt, wer die Ziele erreicht. Demgegenüber steht die im Lehrplan 21 festgeschriebene Haltung, dass alle Kinder die öffentliche Schule besuchen sollen. Das «Projekt Integration» wird ideell hochgehalten, gleichzeitig aber durch den Leistungsdruck verunmöglicht.

3. Reform ohne Ressourcen und Verbindlichkeit

Die Umsetzung des Lehrplans 21 hätte eine grössere Reform der heutigen Volksschule im Kanton Zürich mit entsprechenden Kosten zur Folge. Es ist alarmierend, dass das Gegenteil – die Umsetzung sei ohne höheres Budget machbar – behauptet wird. Im Bereich des Unterrichtens und der Leistungsbeurteilung ist ein Umdenken erforderlich, um den SchülerInnen Kompetenzen vermitteln zu können. Es braucht also Weiterbildungen für die Lehrpersonen, überhaupt eine Anpassung des Ausbildungslehrgangs an der PHZH, adäquate Räumlichkeiten in den Schulen, neue Lehrmittel, eine Reform der Zeugniskultur etc. Im Zyklus 1 wird mit drei zusätz-

mit Richard Wolff als Stadtrat wird sich die AL auch in Zukunft dafür einsetzen, dass Zürich eine vielfältige Stadt bleibt, in der nicht das Portemonnaie entscheidet, wer hier leben, arbeiten und wohnen darf.



Walter Angst



Andreas Kirstein

Die AG Bildung der AL

Rund 20 Personen beteiligten sich 2010 an der Ausarbeitung eines AL-Bildungspapiers. Zur Fertigstellung dieses Papiers wurde 2013 eine Arbeitsgruppe gebildet. Sie setzt sich zusammen aus AL-SchulpflegerInnen, Lehrpersonen und Berufsleuten. Die AG Bildung der Alternativen Listen hat zudem an verschiedenen Vernehmlassungen im Bereich Bildung teilgenommen, zuletzt zum Lehrplan 21 und zur Stipendienreform im Kanton Zürich. Die Bildungsgruppe setzt sich aktuell aus folgenden Personen zusammen: Mike Chudacoff, Peter Frei, Ernst Joss, Peter Kuster, Nina Schneider, Judith Stofer und Remo Vontobel. Die Gruppe freut sich auf neue Mitglieder (melden bei n.schneider@al-winti.ch).

lichen Lektionen gerechnet – diese müssten ebenfalls finanziert werden. Wie bereits im Jahr 2005 mit der Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes passiert, wird der Kanton die notwendigen Mittel nicht bereitstellen und damit die Reform von Anfang an im Keim ersticken.

Hohe Verbindlichkeit nötig

Am Schluss stellt sich die Frage: Soll der Lehrplan 21 vor diesem Hintergrund überhaupt unterstützt und weiterverfolgt werden? Die Antwort muss lauten: Ja. Denn die Kompetenzorientierung bedeutet einen neuen Meilenstein in der Geschichte der Volksschule. Sie kann aber nur gelingen, wenn die einzelnen (fachlichen) Kompetenzen korrekt formuliert und auf das Nötige reduziert werden. Die Schulen sollen integrativ, wenn nicht gar inklusiv werden – dafür braucht es einen Lehrplan mit Lernzielen, welche ALLE SchülerInnen erreichen können. Der Lehrplan muss sich also an den schwächsten SchülerInnen orientieren und nach oben offen sein, nicht umgekehrt. Wird ein verbesserter Lehrplan für die Deutschschweiz eingeführt, dürfen nicht die Ressourcen der einzelnen Kantone darüber entscheiden, ob und wie dieser umgesetzt wird. Dieser muss für alle Kantone verbindlich sein – ein neuer Lehrplan ist nur ganz oder dann gar nicht zu haben.

Die komplette Stellungnahme kann auf <http://al-winti.ch/site/images/fragebogenlehrplan21-aldef.pdf> nachgelesen werden.

AL-Bildungsgruppe

Sitzgewinn auch in Winterthur

Die Umfragen in Winterthur verhiessen nichts Gutes: sie prognostizierten einen Rechtsrutsch in der Eulachstadt. Nach dem Wahlsonntag wissen wir nun mehr: Im Stadtrat ist die bürgerliche Wende eingetreten.

Mit Josef Lisibach zieht die SVP nach 12 Jahren Abwesenheit wieder in den Stadtrat ein, Rot-Grün ist vorerst Geschichte. Im Parlament bleiben die einzelnen politischen Blöcke gleich gross – mit kleinen Verschiebungen.

Aber von Anfang an: die Alternative Liste ist mit einer starken Liste und wenig Budget in den Wahlkampf gestiegen. Der Trend mit gestiegenen Wahlkampfbudgets hat sich auch bei diesen Wahlen fortgesetzt. Bemerkenswert auch mit welcher Dreistigkeit geworben wurde – so stand über den Inseraten der Winterthurer Handelskammer: «Damit Wohnraum bezahlbar bleibt...» oder «Damit es auch in Zukunft noch Schulreisen gibt...». Und das nachdem die Schulreisen von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit beinahe aus Versehen weggespargt wurden – von jenen Köpfe, die auf den Inseraten abgebildet waren.



David Berger

Kleines Budget – optimaler Output

Der direkte Wahlkampf der AL hat sich auf eine Beteiligung am gemeinsamen Wahlversand, zwei Inserate sowie eine Standaktion beschränkt – wobei bei letzterer ausschliesslich für die Initiative «Kinderbetreuung für alle» gesammelt wurde. Daneben wurden die sozialen Medien gepflegt und zögerlich mit einem Smartphone-Spiel neue Bereiche abgetastet.

Das Resultat ist hoch erfreulich: zum



Katharina Gander

ersten Mal hat die Alternative Liste in Winterthur zwei Sitze! Trotz der hohen Wahlbeteiligung konnte der Wähleranteil von 2,43% auf 3,36% gesteigert werden. In allen Stadtkreisen gab es eine Steigerung, in der Altstadt und in Töss konnte sogar die psychologische 5%-Hürde übersprungen werden. Nachdem vor 4 Jahren der zweite Sitz noch haarscharf verpasst wurde, war er dieses Jahr nie wirklich in Gefahr. Neben David Berger wird nun die Geschäftsleiterin des Winterthurer Mieterverbandes, Katharina Gander, im Parlament Einsitz nehmen. Mit Katharina wird das Thema Wohnen weiter gestärkt.

Zeughausareal verhilft zum Wahlerfolg

Gründe für den Erfolg gibt es mehrere. Die wichtigsten sind im vergangenen Herbst zu finden. An erster Stelle die jahrelange hartnäckige Bearbeitung der Causa Zeughausareal. Die AL ist immer an dem Thema dran geblieben und konnte bei der Abstimmung schlussendlich einen grossen Erfolg erzielen. Dabei wurde Katharina Gander auch ausserhalb der AL und des Mieterverbandes wahrgenommen. In diesem Erfolg liegt sicher auch eine Erklärung, wieso die SP einen Sitz verloren hat. Das Festhalten der Parteileitung am Verkauf des Zeughausareals hat die Basis der SP verärgert. Die Sitzverschiebung von der SP zur AL ist somit logisch.

Auffallend ist die massiv gestiegene Anzahl unveränderter AL-Listen: doppelt so viele als vor vier Jahren, während die veränderten nicht markant gestiegen sind. Das deutet auf eine bessere Mobilisierung und auf Neuwähler hin. Möglicherweise hatten hier die Geschehnisse rund um die Tanz-dich-Frei-Demonstration einen Effekt. Im der ganzen Meinungsauseinandersetzung im Nachgang zur Demonstration hatte die AL ihre Beurteilung glaubwürdig vertreten können – viele von uns waren selber dabei und haben mit eigenen Augen gesehen, was passiert war.

Mit dem neuen Stadtrat werden die folgenden vier Jahre nicht einfach werden. Die bürgerliche Mehrheit wird nun ihre Privatisierungsträume umsetzen wollen. Diese gilt es zu bekämpfen und die Kurzsichtigkeit der bürgerlichen Sparprojekte aufzuzeigen. Wir danken allen, die uns unterstützt haben und es weiterhin tun werden.

David Berger

Zufriedenheit in Dietikon

Bei den Wahlen in Dietikon schafften wir unter widrigen Umständen die problemlose Verteidigung unseres Gemeinderatssitzes.

Die Vorstädte brachten bei der Masseneinwanderungsinitiative die knappe Ja-Mehrheit. Dietikon stimmte mit rund 55% der Initiative zu. Diese Initiative mobilisierte denn auch die rechten Wählerinnen und Wähler. Die SVP legte nochmals zu und erreichte einen Drittel der Stimmen während die SP beinahe 2% verlor und mit 17.8% auf einem historischen Tief anlangte.

Wir konnten die Anzahl der AL-Listen mehr als verdoppeln. Auch prozentual legten wir von 1.5 auf 2.1% zu und

verteidigten den Sitz im Parlament klar. Unser Spitzenkandidat erzielte mit vielen Panaschierstimmen ein super Resultat.

Ernst Joss vor SP-Kandidaten platziert

Bei den Stadtratswahlen eroberte die SVP einen zusätzlichen dritten Sitz auf Kosten der CVP. Wir traten gemeinsam mit drei SP-KandidatInnen für eine neue Mehrheit im Stadtrat an. Mit nur der Wiederwahl der bisherigen SP-Kandidatin verfehlten wir das Ziel klar. Uns bleibt die Genugtuung, dass sich unser Kandidat Ernst Joss vor den neuen SP-Kandidaten platzieren konnte. Für den Juniorpartner

bestimmt ein grosser Erfolg.

Die positive Grundstimmung zugunsten der AL nach der Wahl von Richard Wolff in den Zürcher Stadtrat hat gewiss geholfen. Den grössten Einfluss haben aber wohl unsere Aktivitäten in den letzten Jahren. Im Gemeinderat reichten wir mehr Vorstösse ein als die grosse SVP. Unsere Präsenz in der Lokalzeitung war beachtlich, während die Dietiker Lokalpolitik für den Leser des Tagesanzeigers nicht stattfindet. Ein grosses Problem für uns.

**AL Dietikon
al-limmattal.ch/ ernst-joss.ch**

Stadtbahnhof – gebALte Kraft im Gemeinderat



Den Einstieg in das neue Jahr nahm der Kantonsrat mit einer Debatte über die Strategie des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV). Für die AL standen dabei zwei Themen im Vordergrund, die besonders die Stadt Zürich betreffen: Die Zukunft des Bahnhofs Wipkingen und die Verknüpfung der Limmattalbahn mit dem Tramnetz.

Für den Stadtbahnhof Wipkingen

Bereits im Vorfeld der Debatte machte sich Judith Stofer stark für den Stadtbahnhof Wipkingen. Denn mit der Eröffnung der Durchmesserlinie Mitte Juni 2014 soll nur noch eine S-Bahn über Wipkingen geführt werden; heute sind es drei Linien. Das Quartier verliert so den Anschluss ans S-Bahnnetz im Viertelstudentakt. Erst ab 2030 soll der Stadtbahnhof wieder aufgewertet werden. «Der Stadtbahnhof Wipkingen soll mit der Eröffnung der Durchmesserlinie in einen 15-jährigen Dornröschenschlaf versetzt werden», monierte Judith Stofer und führte weiter aus: «Es ist absolut absurd und unverständlich, einen gut funktionierenden, viel frequentierten und sehr beliebten Stadtbahnhof bis ins Jahr 2030 auf Eis zu legen und ins verkehrsmässige Niemandsland zu verbannen!» Ihre Forderung, den guten S-Bahnanschluss ihres Quartiers nicht abzubauen, fand – wie viele städtische Anliegen – keine Mehrheit.

Klare Aufteilung der Kompetenzen

Ebenfalls viel zu reden gibt die künftige Linienführung des 2er-Trams. Gegen die geplante Linienführung über den Bahnhof Altstetten zum Farbhof besteht grosse Skepsis im Quartier. Eine Petition mit 6000 Unterschriften wurde beim Stadtrat deponiert. Auf dem Tisch lag nun ein Antrag der SVP, der den Ausbau der neuen Streckenführung der Limmattalbahn zum Bahnhof Altstetten streichen wollte. Mit diesem Husarenstreich wollte die SVP die Stadt Zürich bzw. die VBZ durch den Kanton bevormunden. Die SVP übersah aber dummerweise, dass die Limmattalbahn mit einer gestrichenen Tramnetzergänzung nicht an den Bahnhof Altstetten angebunden werden könnte. Dieses Lausbubenstück lehnte die AL –

zusammen mit der Ratsmehrheit – ab. Es ist nicht Aufgabe des Kantonsrates sich in die Debatte über die Streckenführung eines Trams einzumischen, dieser Entscheid liegt in der Kompetenz der Stadt und der VBZ. Mit einer breit abgestützten Motion im Gemeinderat ist die politische Diskussion am richtigen Ort angesprochen.

Kaspar Bütikofer



Es wird jetzt vieles anders. Letzten Mittwoch kam die neue Fraktion zum ersten Mal zusammen. Das erste von vielen geplanten Treffen bis im Mai. So viele Superlative auf so engem

Raum vereint - die räumlichen Verhältnisse im AL-Sekretariat hätten leicht gesprengt werden können:

Fünf Frauen, vier Männer – die AL-Fraktion hat nun den höchsten Anteil an Frauen im Gemeinderat von allen Fraktionen, nämlich – und hier ein bisschen Statistik von mir – 56% –, während der Gemeinderat immer nur zu rund einem Drittel aus Frauen besteht.

Dann hat unsere Fraktion in naher Zukunft nicht nur den dienstältesten Parlamentarier sondern auch die an Jahren zweitjüngste Parlamentarierin. Darf man das so sagen – drei Generationen an einem Tisch, streng biologisch genommen fast vier?

Dann sind in unserer neuen Fraktion auch die „PapierlischweizerInnen“ sehr gut vertreten, Leute also, die dank Erfahrungen aus erster oder zweiter Hand mit den Implikationen, die die Immigration und Integration in schweizerische Verhältnisse mit sich bringt, gut vertraut sind. Und, ja, das soll es geben, auch wenn es der Tagesanzeiger nach dem Wahlsonntag eher erstaunt zur Kenntnis genommen hat: Menschen, die hier aufgewachsen sind, können sich in der Regel fliessend im hiesigen Dialekt verständigen, auch wenn sie einen Namen haben, den ein Schweizer Mund vielleicht nicht auf Anhieb richtig über die Lippen bringt.

Dann kommt in unserer neuen Fraktion viel Know-how dazu: juristisches, kulturelles und auch ethnologisches (praktisch für Feldstudien im Gemeinderat), dann strassen-aktivistisches, subkulturelles und berufsvelofahrendes. All dieses Wissen ist für die Arbeit im Gemeinderat ausgesprochen nützlich. Es garantiert Weitblick in den Debatten und ein Auge für die Komplexität des Lebens und der Gesellschaft in zukünftigen Vorstössen. Und es wird auch auf Dauer – nicht unmittelbar, aber hoffentlich mittelfristig – den Weggang unseres jetzigen Fraktionschefs, dessen Erfahrungs- und Wissensschatz wir noch etliche Male spürbar vermissen werden, wett machen.

Am selben Nachmittag letzten Mittwoch tagte dann wie gewohnt der Gemeinderat wieder, und ich fand es schon beinahe seltsam, dass wir dort in alter Formation sassen.

Andrea Leitner

AL-InhALte mit Biss:

- 8. Januar.** Fraktionserklärung zum Labitzke Areal: Augenmass behalten, Brache verhindern
- 9. Januar:** Kritische Stellungnahme der AL-Zürich zur BZO-Revision
- 17. Januar:** Medienmitteilung zum Lehrplan 21.
- 9. Januar:** Die AL bedauert die knappe Annahme der Abschottungsinitiative. Trotzdem wird im Bundeshaus zu Wiedikon gefeiert: die Wiederwahl von Richard Wolff sowie die 3 Sitzgewinne geben Anlass zur Freude.
- 14. Februar:** Nachzählung im Kreis 9 verschafft Corinne Schäfli einen Platz im Gemeinderat und der AL den 9. Sitz.

Kein Blankoscheck



Bis 2020 wird die Zahl der Stadtzürcher Schulkinder auf über 30000 steigen. Zugleich wächst der Bedarf an

Hortplätzen. Für unsere Kinder und Jugendlichen brauchen wir zeitgemässen Schulraum. Das hat in der Vergangenheit nicht immer geklappt. Obwohl in Zürich-Affoltern bereits neue Wohnsiedlungen geplant waren, kippte der Stadtrat 2004 den Schulhausneubau aus dem Finanzplan. Erst 2010 legte er einen Projektierungskredit vor. Erst 2016 kann das neue Schulhaus Blumenfeld bezogen werden. Dann wird eine ganze Schüler-Generation ihre Primarschule in der Pavillonschule Ruggächer absolviert haben. Die Platzverhältnisse sind eng, der Stress für Eltern und Lehrpersonen gross. Wenn wir nicht genau hinschauen, werden sich solche Fehler anderswo wiederholen: Auf dem Zollfreilager sind 1000 Wohnungen im Bau. Wo das neue Schulhaus hinkommen soll, ist immer noch unklar. In Zürich Nord wird die Zahl der Oberstufenschülerinnen und -schüler stark steigen. Die einzige Raumreserve, das Schulhaus im Birch, wird 2020 voll ausgelastet sein. Was nachher passiert, ist völlig offen. Für den Stadtrat sind Schulpavillons das Allheilmittel. Seit 2010 hat der Gemeinderat 35 Pavillons bewilligt. Jetzt will der Stadtrat einen Blankoscheck, um bis 2020 weitere 20 Einheiten zu beschaffen. Dannzumal würden 10 Prozent der Kinder in Pavillons zur Schule gehen oder den Hort besuchen. Wenn die Schülerzahlen steigen, sind Schulpavillons eine sinnvolle Ergänzung. Sie sind aber kein Ersatz für Schulhäuser, weder aus schulischer noch aus finanzieller Sicht. Die Baukosten für einen Pavillon sind zwar 20 Prozent tiefer, aber ein Pavillon hält nur 40 Jahre und ist darum auf lange Sicht wesentlich teurer. Am 18. Mai 2014 werden die Weichen gestellt. Den Blankoscheck zum Pavillon-Ausbau lehne ich klar ab. Stadtrat und Verwaltung müssen die Schulhaus-Planung vorantreiben. Wenn es vorübergehend weitere Pavillons braucht, muss der Stadtrat dies einzeln begründen. Nur so kommt die Schulraumplanung wieder ins Lot.

Walter Angst

Recht auf Stadt

Kurz vor Weihnachten berichtete der Tagesanzeiger über Ausschreitungen in Hamburg. Von 7300 Menschen an der Kundgebung seien 4700 gewaltbereit gewesen. Nach Steinwürfen etc. habe die Polizei die Versammlung mit mehr als 3100 Beamten aufgelöst. Der kurze Bericht bleibt einseitig, bis auf den Hinweis, dass es um Proteste gegen die drohende Zwangsräumung der Roten Flora, eines Symbolprojektes der linken Szene, und der einsturzgefährdeten Esso-Häuser an der Reeperbahn ging, sowie für ein Bleiberecht für Flüchtlinge.

In der NZZ erschien am 23.01.2014 ein ausführlicher Bericht über die Geschichte der Roten Flora und die Gründe für die Auseinandersetzung. Natürlich geht es auch darin als Erstes um Gewalt und

Militanz, doch wird auch die Errichtung eines Gefahrengbietes durch die Polizei und die SPD-Regierung Hamburgs kritisch beleuchtet. In diesen sog. Gefahrengebieten wurden grossräumig Bürgerrechte ausser Kraft gesetzt.

Das Bündnis «Recht auf Stadt» hat am 9. Februar 2014 eine Resolution verabschiedet, die die Forderungen der Lam-pedusa Hamburg wie Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle enthält. Weiter will St. Pauli sich selber erneuern und die Aufwertungspolitik rund um die Reeperbahn wird bekämpft. Das erinnert doch stark an die Langstrasse, den Güterbahnhof - und die NZZ gar ans AJZ.

Richi Blättler
Siehe rechtaufstadt.net

Wahlkampf-Finanzen

(dm/ns) Für die Stadt- und Gemeinderatswahlen hat die AL total 107000 Franken eingesetzt, ein vergleichsweise bescheidenes Budget.

Weitaus die meisten Spenden – 260 von total 297 – liegen zwischen 10 und 500 Franken. Sie haben der AL insgesamt 29717 Franken eingebracht. Daneben haben wir 16 Spenden von 1000 bis 2000 Franken und 21 Spenden zwischen 500 und 1'000 Franken erhalten. Diese 37 Grossspenderinnen und -spender haben zusammen 30800 Franken einbezahlt – praktisch gleich viel wie die 260 Klein-

und MittelspenderInnen. Alle Spenden stammen von natürlichen Personen, es sind keine Zuwendungen von Firmen oder Organisationen darunter. Mit 20000 Franken hat Richi Wolff als Stadtratskandidat knapp einen Fünftel mitfinanziert.

Unsere Zusammenstellung zeigt eindrücklich: es braucht beides, grosse und kleine Spenden! An dieser Stelle bedanken wir uns nochmals herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern. Noch fehlen gut 20000 Franken in der Wahlkampfkasse. Spenden sind darum weiterhin nötig und willkommen!

Spendenbetrag	Anzahl Spenden	Betrag
CHF 2000	3	6000
CHF 1500	2	3000
CHF 1000	11	11000
CHF 500 bis 999	21	10800
CHF 200 bis 499	63	14803
CHF 100 bis 199	107	10958
CHF 10 bis 99	90	3956
Beitrag Richard Wolff		20000
Wolff-Bier und Events		3082
Total Einnahmen	297	83599
Total Ausgaben		107000